

Der Schnee ist weg, aber die Probleme sind geblieben

Interview mit Roland Schönbauer, Sprecher des UN-Flüchtlingshochkommissariats UNHCR in Griechenland

Im Frühjahr 2015 war Griechenland plötzlich mit etwa 50.000 Menschen konfrontiert, die im Land Schutz suchten und für die es keine Unterbringungs- und auch keine Verfahrenskapazitäten gab. Seither hat sich einiges verbessert, aber nach wie vor sind Flüchtlinge vor allem auf den Inseln mit großen Problemen konfrontiert. Über die aktuelle Lage sprach die *Griechenland Zeitung* mit Roland Schönbauer, dem Sprecher des UN-Flüchtlingskommissariats UNHCR in Griechenland.

GZ: In den letzten Tagen starben im Hotspot Moria auf Lesbos drei Flüchtlinge. Wie konnte es dazu kommen?

SCHÖNBAUER: Die Autopsien laufen noch, und solange es da keine Ergebnisse gibt, möchten wir dazu keinen Kommentar abgeben. Es ist ohnehin schon so viel Traurigkeit und Wut, gerade in Moria selbst, und jeder Kommentar würde noch mehr zur Aufheizung der Lage beitragen.

GZ: Wie ist denn derzeit generell die Situation in den Lagern auf den Inseln?

SCHÖNBAUER: Auf den meisten Inseln, vor allem auf Samos und Lesbos, ist die Situation in den großen Camps weiter unterträglich. Auf Lesbos betrifft das vor allem Moria. Das ist so, weil die Camps vollkommen überbelegt sind. Das hat zur Folge, dass die Leute ihre Zelte auf engstem Raum irgendwie aufstellen, dass die sanitären Einrichtungen aus allen Nähten platzen, dass das Stromnetz keine Warmwasserzubereitung mehr zulässt und die Leute daher weniger Körperhygiene betreiben, was zu immer mehr Hautkrankheiten führt. Unter den Bedingungen nehmen natürlich auch Spannungen immer mehr zu. Außerdem wurde keines der beiden Camps rechtzeitig winterfertig gemacht. Sonst wäre es nicht möglich, dass in Vathy auf Samos 700 von 1400 Menschen in unbeheizten Quartieren leben. In Moria gibt es, zu meiner Freude, seit ein paar Wochen keine Familien mit Kindern mehr, die in Zelten in Freiem leben müssen. Der Schnee ist zwar mittlerweile weggetaut, aber die Probleme sind geblieben. Die Hauptprobleme sind die Überbelegung, organisatorische Ungereimtheiten sowie die langen Asyl-Verfahren. Letzteres liegt daran, dass zu wenige europäische Experten vor Ort sind und Griechenland noch immer nicht die notwendigen Kapazitäten hat. Und Flüchtlinge können eben erst dann aufs Festland, wenn ihr Asylantrag formalisiert ist. Aber immerhin sind im Januar mit unserer Unterstützung 500 Menschen von Chios aufs Festland gebracht worden, wo es bessere und auch winterfeste Quartiere gibt. In acht Camps, wo wir die Aufgabe hatten, Zelte durch Wohncontainer zu ersetzen, schläft schon seit Monaten niemand mehr im Freien.

Schleppende Umverteilung

GZ: Sie sprechen von 'organisatorischen Ungereimtheiten'. Was ist z.B. damit gemeint?

SCHÖNBAUER: Das betrifft etwa Moria oder Vathy. Wir haben der Regierung gesagt, dass man die Menschen vorübergehend verlegen muss, um eine infrastrukturelle Aufwertung vornehmen zu können. Da die Akzeptanz der Flüchtlinge immer schlechter wird und

Diskussionen über ein zusätzliches Camp nicht möglich sind, ist es schwer, Ausweichkapazitäten zu haben. Dann sind da auch bürokratische Probleme. Auf Samos durften wir etwa eine Zelthalle aufstellen. Wir hatten eine Heizung für diese Zelthalle, mussten aber über zwei Wochen warten, bis wir grünes Licht erhielten, die Heizung zu installieren. Außerdem sind beispielsweise die lokalen Behörden auf Samos noch nicht Teil einer Lösung – so können dort etwa geeignete leer stehende Gebäude nicht genutzt werden. Aber: Die Flüchtlinge werden sich nicht in Luft auflösen, nur weil man ihnen hier so schlechte Bedingungen bietet. Sie kommen aus Ländern, in denen Krieg herrscht, aus Syrien, Irak, Afghanistan. Darüber hinaus funktioniert auch die Umverteilung innerhalb Europas nur sehr schleppend. Griechenland wurde zugesagt, dass man in zwei Jahren 66.400 Asylsuchende übernehmen werde. Bis Ende Januar sind aber nur 8.400 Menschen umverteilt worden in Europa. Griechenland war plötzlich im Frühjahr 2015 mit 50.000 Menschen konfrontiert, für die es keine Unterbringungs- und auch keine Verfahrenskapazitäten gab, und aus diesem Grund hatte Europa zugesagt, nach einem Quotensystem Flüchtlinge aufzunehmen.

GZ: Sie sagen, es gibt grundsätzlich genügend Gelder. In den Medien heißt es, dass Griechenland seit 2015 etwas mehr als eine halbe Milliarde zur Verfügung gestellt wurde. Wo genau liegt denn dann das Problem?

SCHÖNBAUER: Geld ist nicht das Problem, was den Winter anbelangt. Geld gibt die EU genug. Die griechische Regierung hatte die Koordination der griechischen Wintervorbereitung. Sie haben verschiedenen Organisationen die Camps zugeteilt, acht davon dem UNHCR. Allerdings war die Planung kaum transparent – bei vielen Camps war lange nicht klar, ob sie im Einsatz sein würden oder nicht. Hilfsorganisationen, die ja von Spenden leben, haben nicht gerne in etwas investiert, wo sie nicht wussten, ob es vielleicht nach einigen Wochen nicht mehr genutzt wird. Darüber hinaus war bis zum Herbst die Hoffnung da, dass mehr Menschen in andere europäische Staaten kommen würden.

Probleme des Winters

GZ: Wie kooperativ sind die EU-Staaten?

SCHÖNBAUER: Von manchen Ländern wissen wir, dass sie einfach nicht solidarisch sein wollen, und abgesehen von der Umverteilung gibt es auch die Familienzusammenführung. Viele wurden ja während der Flucht zerrissen. Und hier geht alles, wie ich höre, sehr schleppend voran. Bei der Familienzusammenführung gibt es bei manchen Regierungen die Angst, dass damit die Zuwanderung ermutigt wird – nach dem Motto: Einer reist erst einmal allein, und die anderen kommen dann nach. Aber diese Ängste ändern nichts daran, dass man diese Familien nicht ewig getrennt lassen kann. Auf Samos habe ich eine afghanische Mutter getroffen, die mehrere minderjährige Kinder hat. Einige davon leben in Deutschland. Die Frau hatte kein anderes Thema als die Kälte und wie sie zu ihren Kindern nach Deutschland kommt.

GZ: Wie war der UNHCR in die Wintervorbereitung involviert?

SCHÖNBAUER: Wir haben vier Dinge in der Wintervorbereitung übernommen. Bei acht Camps die Ersetzung von Zelten mit Wohncontainern; bei 15 Camps Infrastrukturverbesserungen, wie Dächer, Heizungsanlagen, Stromnetz etc. In allen Camps, also über 40, haben wir über NGO-Partner Hilfsartikel verteilt, die größte Winteraktion Griechenlands mit

360.000 Decken, Schlafsäcken, Winterjacken, Schuhen usw. und als viertes haben wir geholfen, gewisse Camps zu evakuieren. Am Berg Olymp konnten wir gerade rechtzeitig 1.100 Yezidis in winterfeste Quartiere bringen, bevor es zu schneien begann. Je stärker der Winter geworden ist, desto mehr sind wir ad hoc bei Hilfsaktionen eingesprungen.

GZ: Bei der Zusammenarbeit mit den Hotels auf den Inseln gibt es teilweise Probleme. Was sind die Gründe derjenigen, die sich dabei querstellen?

SCHÖNBAUER: Auf dem Festland klappt das ganz gut. Auch auf Lesbos und Chios gibt es Hotels, die mit uns zusammenarbeiten. Ich glaube, von Seiten der Kommunalpolitiker und Hoteliers auf Samos erleben wir die Angst, dass die Situation zu einem Dauer-Provisorium wird. Wir als Organisation weisen darauf hin, wo die Wurzeln sind. Nicht nachvollziehbar ist für mich, dass, etwa auf Samos, jetzt in der Nebensaison keine Quartiere ausfindig gemacht werden können. Wenn man sich als touristische Insel versteht, wie kann man es dann zulassen, dass Bilder von diesem schrecklichen Camp durch die Welt gehen. Wir haben die Hoteliers vor kurzen erneut aufgefordert, Teil der Lösung zu sein.

Gemeinsame Ziele

GZ: Wie ist die Lage auf den Inseln für die Minderjährigen? Gibt es dieses Phänomen noch?

SCHÖNBAUER: Das gibt es schon noch, auf den Inseln gibt es auch noch immer einige unbegleitete Jugendliche. Sie fallen alle unter den Verletzlichkeitsparagrafen der griechischen Rechtsordnung, das heißt, sie wären qualifiziert für Transfers aufs Festland. Wobei man aber sagen muss, dass es immer noch nicht genügend Plätze gibt, die eine altersgerechte Unterbringung für die unbegleiteten Kinder sicherstellt. 54 Prozent der vorhandenen Plätze, etwa 1.400, mit voller pädagogischer Betreuung, werden von uns finanziert.

GZ: Wie beurteilen Sie Ihre Zusammenarbeit mit den griechischen Behörden?

SCHÖNBAUER: Ich glaube, wir haben in den letzten Jahren hinsichtlich der Zusammenarbeit einiges gelernt, unter anderem, dass wir die Dinge mehr schriftlich festhalten wollen. Aber nicht, weil die andere Seite etwas nicht einhält, sondern weil das einfach die Arbeit erleichtert. Die Zusammenarbeit geht durch verschiedene Phasen, aber sie läuft. Wir sind Teil der humanitären Nothilfe. Die gemeinsamen Ziele sind klar. Wie man auch zum Beispiel an der Verlegung von den Inseln aufs Festland sieht. Da sind sich die Regierung und wir einig, dass das notwendig ist, um die Zahl der Flüchtlinge und Migranten dort zu verringern. Um das nochmal klarzustellen: Wir sind nicht dafür, dass alle bleiben, im Gegensatz zu einigen NGOs vielleicht. Dass es Abschiebungen von Menschen gibt, die keinen internationalen Schutz benötigen. Aber das muss in Sicherheit und Würde geschehen. Dafür gibt es zwei handfeste Gründe. Erstens sind es Kapazitätsgründe, und zweitens geht es um die Glaubwürdigkeit des Systems. Wenn die Menschen den Eindruck haben, es kann jeder bleiben, wozu hat man dann ein Asylsystem?

Grenzüberschreitende Sache

GZ: Griechische Medien spekulieren darüber, dass die Türkei die Grenzen möglicherweise wieder öffnet. Was würde denn in diesem Fall passieren?

SCHÖNBAUER: Wir sind so mit den aktuellen Problemen beschäftigt, dass wir uns an Spekulationen nicht beteiligen. Aber in Griechenland, wie auf der ganzen Welt gilt, dass man darauf vorbereitet sein sollte, dass sich Menschen in Bewegung setzen, um Asyl zu suchen.

GZ: Es scheint, dass sich die Stimmung in Europa, auch durch die Wahl Trumps sowie durch bevorstehende Urnengänge in europäischen Staaten gewandelt hat. Parteien glauben, dass sie mit härteren Positionen in der Flüchtlingsproblematik punkten könnten...

SCHÖNBAUER: Grundsätzlich sehen wir mit großer Sorge, dass es eine Krise in den Köpfen der Europäer gibt. Die Leute denken, nur weil sie nicht ans Mittelmeer angrenzen, ginge sie die Krise nichts an, das ist nicht nachvollziehbar, aber das ist wie Umweltverschmutzung, so wie Flucht ist es eine grenzüberschreitende Sache. Nur wenn Staaten zusammenarbeiten, kann man solche Fragen lösen. Einige Staaten haben sich aber aus der Solidarität verabschiedet. Und die Angst ist dort am größten, wo man keinen Kontakt zu Flüchtlingen hat. Je größer die Abschottung, desto einfacher und schneller werden Angstbilder produziert. Und manche Politiker glauben, dass man den Ungeist der Spaltung nach einem Wahlsieg wieder zurück in die Flasche stecken kann.

Dankbar, hier zu sein

GZ: Was tut ihrer Meinung nach Griechenland, um die hier lebenden Flüchtlinge zu integrieren?

SCHÖNBAUER: In vereinzelten Schulen gibt es Proteste von Eltern, deren Ängste durch Informationen tatsächlich gelöst wurden. Aber es gibt den politischen Willen, die Kinder zu integrieren. Ich glaube, dass es in der Bevölkerung generell weiterhin ein großes Verständnis für die Menschen auf der Flucht gibt. Der Arbeitsmarkt ist sicherlich eine große Herausforderung, aufgrund der Krise und bei den hohen Arbeitslosenzahlen in Griechenland.

GZ: Wie lange wird sich der UNHCR in Griechenland engagieren?

SCHÖNBAUER: Wir sind nicht nach Griechenland gekommen, um zu bleiben, je früher wir die Arbeit in nationale Hände übergeben können desto besser.

GZ: Sie haben ja viel Kontakt zu Flüchtlingen, wollen die eigentlich alle weg aus Griechenland oder gibt es auch einige, die hier bleiben wollen?

SCHÖNBAUER: Ich glaube, das große Durchwinken von 2015 hat noch seine Nachwirkungen und ist immer noch in den Köpfen, was aber auch familiäre Gründe hat, weil viele Familien zerrissen wurden. Aber ich treffe schon auch immer wieder welche, die sagen, ich bin dankbar, hier zu sein, mir ist es gleich, wo ich bin. Abgesehen vom geographischen Ort ist für die Menschen Klarheit über ihre Zukunft von Bedeutung. Eine Familie aus Aleppo hat das mir gegenüber schön zum Ausdruck gebracht: Sie meinte, „sagen Sie uns einfach, welche Sprache wir lernen sollen.“

Das Gespräch führten Jan Hübel und Robert Stadler

Griechenland Zeitung Nr. 566 vom 8. Februar 2017